

**Online-Publikation
der
Konrad-Adenauer-Stiftung**

Berlin, Juni 2007

Die Sonne geht im Westen auf: Die Fusion von PDS und WASG

Viola Neu

Ansprechpartner: Dr. Viola Neu
E-Mail: viola.neu@kas.de
Tel.: 030/269 96 – 3506
Fax: 030/269 96 – 3561

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin

1. Einleitung

Gewisse Erfahrungen in Sachen „Vereinigung“ – aber auch in Spaltung und Zersplitterung kann man der linken Bewegung nicht absprechen. Für die Weimarer Republik sei an die USPD erinnert und für die Nachkriegsgeschichte an die Zwangsvereinigung 1946 von KPD und SPD zur SED. Die heterogenen K-Parteien der 70er Jahre lebten von einer munteren Parteineugründungsszene, die schließlich auch bei der Entstehung der Grünen Taufpate stand.

Bis auf die Grünen zeichneten sich sowohl die Abspaltungen von der Sozialdemokratie als auch die sektenähnlichen kommunistischen Parteien vor allem durch Erfolglosigkeit aus. Die Grünen bildeten sich entlang einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie, die im Parteiensystem noch nicht repräsentiert war und die dafür sorgte, dass die Grünen auf recht konstante Wahlergebnisse¹ bauen können. Trotz mannigfacher Versuche aller denkbaren politischen Richtungen ist es nur Wenigen gelungen, sich auf Dauer im Parteiensystem der Bundesrepublik zu etablieren.² Dies macht deutlich, dass der politische Raum verhältnismäßig eng ist und Erfolg von vielen Ursachen abhängt. Außer den Grünen ist es nur der PDS gelungen, sich im Parteiensystem zu etablieren.

Für die PDS³ waren zwei Lebensadern entscheidend: politischer Protest und die Konfliktlinie zwischen West- und Ostdeutschland, an der sie sich erfolgreich ansiedelte. Wenn man davon ausgeht, dass der Frage „Ost-West“ Cleavagequalität⁴ zukommt, scheint ein Verbleib zumindest in den neuen Ländern gesichert. Der politische Protest ist jedoch ein wackliges Standbein für Wahlergebnisse. Er fluktuiert zwischen unterschiedlichen Parteien, wodurch die PDS keine Einzelstellung im Protestwählermarkt verbuchen kann. Denn auch rechtsextreme und populistische Parteien⁵ profitieren gelegentlich von Verdruss und Unzufriedenheit der Wähler.

¹ Probst, Lothar, Bündnis 90/Die Grünen, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 170-188.

² Vgl. Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007.

³ Seit der Umbenennung vom 17.7.2005 heißt die PDS Linkspartei.PDS/Die Linke. Im Folgenden wird sie zum Teil mit PDS abgekürzt, um sie von der WASG deutlich zu trennen. Nach der Fusion mit der WASG nennen sich die Parteien Die Linke.

⁴ Cleavages sind langfristige gesellschaftliche Konfliktlinien, die durch Parteien repräsentiert werden.

⁵ Z.B. Statt-Partei, Schill-Partei, DVU, NPD.

Ob Die Linke. weiterhin Erfolg haben, ist mehr als offen. Bislang hat sich im Parteiensystem auf Dauer keine Nische jenseits der Sozialdemokratie aufgetan. Weder zeichnet sich ein neues Cleavage ab, noch hat die Partei bislang vernachlässigte Themenfelder im Schlepptau. Sie positioniert sich einfach etwas weiter links von der Sozialdemokratie und hofft auf Proteststimmen. Durch die Fusion wird auf Dauer das spezifisch ostdeutsche Image verblassen, was ihr bislang das Überleben sicherte. Populistischer Protest, auch wenn er mit Oskar Lafontaine einen wortgewaltigen Protagonisten gefunden hat, ist unberechenbar. Daher scheinen die mittelfristigen Erfolgsaussichten eher düster.

2. Entwicklung der WASG bis zur Bundestagswahl 2005

Die WASG scheint dem Drehbuch der PDS entsprungen zu sein. 2003 schrieb Michael Brie, nach wie vor einer ihrer strategischen Denker: „Erste Schritte im Richtung eines Aufbaus einer neuen politischen Formation PDS plus können [...] in der Schaffung einer Liste bestehen, die auf Basis von Verhandlungen zwischen der PDS, linken GewerkschafterInnen und globalisierungskritischen Bewegungen usw. entsteht und ansatzweise über ein bloßes Wahlbündnis hinausgeht. Es wären Strukturen zu schaffen, die öffentliche Entscheidungsprozesse erlauben und jeden Anschein einer einseitigen Instrumentalisierung und Fernsteuerung dieser Struktur durch die PDS oder andere Gruppe verhindert“. Im Weiteren spricht er von der „Schaffung“ einer „zukunftsfähigen Struktur“ mit der „Option“ eines gemeinsamen parteipolitischen Bündnisses.⁶ André Brie wird ebenfalls regelmäßig als Spiritus Rektor der Fusion genannt. Bereits im Vorfeld der Bundestagswahl 2002, die für die PDS desaströse 4,0 Prozent brachte, wurde im Neuen Deutschland⁷ ein offener Brief Bries und Gregor Gysis an Oskar Lafontaine veröffentlicht, in dem über „gemeinsame Verantwortung und Möglichkeiten“ philosophiert wurde. Lafontaine wiederum stellte im September 2003⁸ fest, die PDS sei reif für eine Fusion mit der SPD. Sowohl André Brie als auch der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky äußert sich während der Konstituie-

⁶ Brie, Michael, Ist die PDS noch zu retten? Analysen und Perspektiven, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte, 3/2003, S. 39.

⁷ Neues Deutschland, 4. September 2002.

⁸ Welt am Sonntag, 14. September 2003; Oskar Lafontaine: Die PDS ist reif für eine Fusion. Der Weg zu einer neuen Partei. Eine Dokumentation, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 7/2005.

rungsphase der WASG⁹ immer wieder wohlwollend über die potentielle Entstehung einer neuen Linkspartei und ein Bündnis der unterschiedlichen Interessengruppen.

Damit soll natürlich nicht der Verschwörungstheorie Vorschub geleistet werden, die Gründung der WASG wäre von der PDS von langer Hand geplant und gesteuert. Diese bündnispolitische Option stellt die einzig logische Möglichkeit dar, im Westen Fuß zu fassen und somit die Existenz der PDS zu sichern. Sie steht zudem im Einklang mit traditioneller kommunistischer Bündnispolitik, die von jeher grundsätzlich zu den politischen Handlungsmustern gehört. Der Versuch, erneut ein über die Grenzen der PDS-Klientel hinausreichendes, breites linkes Bündnis in Parteiform zu gießen, lag spätestens 2002 in der Luft. Daher verwundert es nicht, dass die PDS die Entwicklung der WASG von Anfang mit einer Mischung aus gebührender Zurückhaltung und aktiver Anteilnahme¹⁰ verfolgte. Schon seit Jahren gibt es intensive Kontakte von Lafontaine zur PDS (u. a. trat er mehrfach öffentlich gemeinsam mit Gregor Gysi auf). Ohne dass hier einer wie auch immer gearteten „machtpolitischen Verschwörung“ zugestimmt wird, haben die PDS-Strategen ein Szenario entwickelt, das der heutigen Situation weitgehend entspricht. Sie waren sich bewusst, dass die „Westausdehnung“, wie sie seit 1990 stattfand, gescheitert war. Das Westpersonal zeichnete sich vor allem durch eine weitgehende Politikunfähigkeit aus und konzentrierte sich auf die Fortsetzung der Sektierer-Debatten der 70er Jahre. Die Attraktivität der PDS im Westen war nicht nur gering, sie verfügte auch als SED-Nachfolge-Partei über ein ausgesprochen schlechtes Image. Nur eine neue Partei mit einem neuen Image könne die PDS von dem negativen Image befreien, so die Überlegungen einiger wichtiger Strategen.

Die heutige WASG hatte zwei unterschiedliche Gründungsimpulse. Zum einen enttäuschte die rot-grüne Bundesregierung spätestens nach ihrer Wiederwahl 2002 mit der Agenda 2010 zunehmend ihre – vor allem gewerkschaftsorientierte – Klientel. Die Arbeitnehmervertreter kritisierten die vermeintliche Abwendung der SPD vom Sozialstaat. Zum anderen verärgerte die PDS, die nach dem Bankenskandal 2001 gemeinsam mit der SPD den Senat in Berlin bildete, Teile ihrer Anhängerschaft, indem sie sich in der Regierung durchaus pragmatisch gab und alle Sparmaßnahmen

⁹ Vgl. Der Weg zu einer neuen Partei. Eine Dokumentation, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 7/2005.

¹⁰ Brie, André, Die Linke hat kein Recht mehr auf Misserfolg, in: Sozialismus, 4/2005.

mit trug. Die aus Gewerkschaftskreisen um Klaus Ernst in Schweinfurt gebildete Initiative „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ schloss sich mit der Berliner „Wahlalternative 2006“ zusammen. Daraus entstand am 3./4. Juli 2004 der Verein „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“. In Folge der Massenproteste um die „Hartz IV-Gesetze“ gewannen die Initiativen starken Zulauf. Am 22./23. Januar 2005 wandelte sich der Verein in eine Partei um, die bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 kandidierte.

Zwischen ASG, Wahlalternative und PDS gab es von Anfang an enge personelle Verflechtungen. Ein Teil der Aktivisten¹¹ gehörte früher der PDS an und kehrte der Partei aufgrund unterschiedlichster Verärgerungen den Rücken, die meistens mit dem Vorwurf einhergingen, die PDS würde sich dem Neoliberalismus unterwerfen. Insgesamt gehören die Gründer der ASG und der Wahlalternative einer Szene sich überschneidender Netzwerke an, die auch bis in das linksextreme Spektrum hineinreichen. Diese sind zum Teil wirtschaftlich miteinander verwoben. Mitglieder der PDS sind hier aktiv, so dass wechselseitige Kontakte nicht ausbleiben konnten. Die meisten Protagonisten kennen sich seit Jahrzehnten.

Bis zum Mai 2005 verlief die Entwicklung der WASG weitgehend von der Öffentlichkeit unbeachtet. Das Wahlergebnis von 2,2 Prozent bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 22. Mai 2005 hätte nicht für größere Aufmerksamkeit ausgereicht, wenn ihr nicht ein unerwartetes Ereignis zu Gute gekommen wäre: Nach den deutlichen Verlusten der SPD bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder noch am Wahlabend die Ansetzung von Neuwahlen. Von da an überstürzten sich die Ereignisse¹², die zum gemeinsamen Wahlantritt zur Bundestagswahl und dem besten Wahlergebnis der PDS seit ihrer Gründung führten. Oskar Lafontaine kündigte umgehend¹³ an, er werde aus der SPD aus- und in die WASG eintreten. Gregor Gysi sprach öffentlich¹⁴ davon, dass er sich ein Bündnis der PDS mit der WASG vorstellen könne. Nur würde der vorgezogene Termin der Bundestagswahl Pläne zunichte machen, bereits vor der Wahl eine ge-

¹¹ Z.B. Joachim Bischoff, Uwe Hixsch, Rouzbeh Taheri.

¹² Vgl. Moreau, Patrick, 2007, Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden, S. 155 ff.

¹³ Am 24. Mai 2005 erklärte Lafontaine seine Parteimitgliedschaft in der SPD für beendet.

¹⁴ Vgl. 25. Mai 2005, Der Weg zu einer neuen Partei. Eine Dokumentation, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 7/2005.

meinsame Partei zu bilden. Bereits am 30.5.2005 kam es zu „ersten“ Gesprächen¹⁵ über eine Zusammenarbeit von PDS und WASG. Am 10./11. Juni einigten sich beide Parteien auf eine gemeinsame Kandidatur bei der bevorstehenden Bundestagswahl. Am 17. Juli taufte sich die PDS noch rasch in Die Linkspartei um, damit die westlichen Ressentiments¹⁶ gegen die östlichen Neo-Kommunisten befriedet wurden.

Da das Wahlrecht Listenbündnisse von Parteien zur Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde verbietet, kam es nur zu einer Kandidatur von einzelnen Mitgliedern der WASG auf den Listen der PDS. Angetreten bei der Bundestagswahl ist die PDS. Was ihrer Wahlstrategie seit 1990 entspricht. Die PDS trat schon immer mit offenen Listen an, auf denen nicht nur parteilose „Prominente“, sondern immer auch Mitglieder¹⁷ anderer Parteien (u.a. der DKP) kandidierten.

Am Ende erreichte die PDS im September 2005 mit 8,7 Prozent bundesweit ein Traumergebnis. Allein im Westen kam sie auf sensationelle 4,9 Prozent. Dabei profitierte die umbenannte PDS sicherlich auch von der Unkenntnis der Wähler, die vermuteten, es handle sich um die neue Partei des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine und nicht um die alte PDS.

Schon früh (2004) deuteten Äußerungen in der PDS darauf hin, dass man sich eine Vereinigung/Kooperation vorstellen könne. Sicher waren die Köpfe der PDS von der Ankündigung der Bundestagswahl genauso überrascht wie der Rest der Republik. Doch reagierten sie mit einem professionellen Krisenmanagement. Mit der Diskussion um einen bevorstehenden Zusammenschluss beider Parteien, der Umbenennung in PDS (Linkspartei.PDS/Die Linke) und der Ankündigung der Kandidatur Lafontaines auf einer Liste der PDS, schaffte die Partei den Sprung aus der Schmutzdecke. Der

¹⁵ DAS WAR. DAS BLEIBT. Disput - Spezial – 17 Jahre PDS, in: Disput, Mai 2007, S. 31.

¹⁶ Diese wurde nötig, da die stark westdeutsch geprägte WASG, die bei der Bundestagswahl nicht kandidierte, nicht bereit war, ihre Kandidaten auf Listen der PDS kandidieren zu lassen, die die Bezeichnung PDS tragen. Damit allen Anforderungen des Wahlrechts Rechnung getragen wird, hat die PDS beschlossen, dass die Bundespartei den Namen „Die Linkspartei.“ mit dem Zusatz „PDS“ führt. Die Kurzbezeichnung ist „Die Linke.“. Die Landesverbände können über die Zusatzbezeichnung PDS selbstständig entscheiden. Dies war für die östlichen Landesverbände wichtig, die auf das Kürzel PDS aus Imagegründen nicht verzichten wollten.

¹⁷ Ob Kandidaten Mitglieder einer Partei sein müssen, gehört zu den inneren Angelegenheiten und unterliegt der Organisationshoheit von Parteien. Beide Parteien räumten ihren Mitgliedern die Möglichkeit von Doppelmitgliedschaften ein. Damit lief auch die kurze Diskussion um die Rechtmäßigkeit der Kandidaturen auf offenen Listen und um den Fraktionsstatus der PDS im Bundestag ins Leere. Vgl. Die Linkspartei und ihr fragiler Status als Bundestagsfraktion, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Februar 2006.

Aus- und Übertritt Lafontaines bewirkte ein breites Medieninteresse, wodurch die PDS in Umfragen schnell auf zweistellige Werte kam, nachdem sie von 2002 bis 2005 in Umfragen zwischen 4-5 Prozent dümpelte.

Vor allem das gute Wahlergebnis in Westdeutschland hat auf die Parteibildung eine ausgesprochen disziplinierende Wirkung. Denn die Vereinigung ist ein klassisches Elitenprojekt, das innerhalb der WASG, aber auch in der PDS, auf Kritik stößt. Während die Aussicht auf eine neue Machtteilhabe die WASG beflügelt, hofft die PDS auf eine politische Stabilisierung der Wahlergebnisse durch die Wähler im Westen.¹⁸

3. Rechtliche Fragen: Die Fusion

Nach der Bundestagswahl 2005 rückte die Fusion der beiden Parteien in den Mittelpunkt. Da das Parteienrecht eine Fusion nicht vorsieht, hat sich die PDS dazu entschieden, den Vorschlägen des Düsseldorfer Parteienrechtlers Martin Morlock zu folgen. Morlock¹⁹ betont in seinem „Gutachten zu Fragen einer Fusion zwischen WASG und Linkspartei“ aus dem August 2006, dass er nur im Umwandlungsrecht die juristisch saubere Lösung für eine Verschmelzung der beiden Parteien sieht. Das Beispiel Bündnis 90/Grüne (1993) hält er für nicht vergleichbar, da es nach seiner Ansicht hätte angefochten werden können. Die Urabstimmung und der Assoziationsvertrag hätten nach geltendem Recht eigentlich nicht die Verschmelzung herbeiführen können. Dies wurde aber aufgrund der historischen Begebenheiten der deutschen Einheit akzeptiert. Zudem hätte eine mangelnde öffentliche Aufmerksamkeit vorgelegen. Im Falle der PDS sei jedoch von hoher Aufmerksamkeit auszugehen. Auch die Ost-Westfusionen der Parteien seien nicht analog heranzuziehen, da bei den Zusammenschlüssen von Ost- und West-Parteien eigenes Recht galt. Er empfahl das Umwandlungsgesetz anzuwenden, wie es auch für Unternehmensfusionen gilt. Ein Weg, wie er von Ver.di eingeschlagen wurde.

¹⁸ Zur Erinnerung: Bei der Bundestagswahl 2002 scheiterte die PDS an der Fünf-Prozent-Hürde und war nur mit den beiden Abgeordneten Gesine Löttsch und Petra Pau vertreten, die ihre Wahlkreise in Ostberlin direkt gewannen

¹⁹ http://www.sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/wortlaut/view_html?zid=33947&bs=1&n=0, vom 6. Juni 2007.

Es gilt das Prinzip, dass der kleinere Partner nach Selbstauflösung dem größeren beitrifft (hier also die WASG der PDS).

Damit werden die juristischen Probleme der Fusion gelöst. Dies gilt insbesondere für die Frage, wer Anspruch auf welches Parteivermögen hat, wie die Mandatsfolge bei Ausscheiden aus Parlamenten geregelt ist, welche Ansprüche sich aus der Wahlkampfkostenerstattung ergeben und wie die rechtliche Stellung der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung ist. Bei einer Neugründung wären die Ansprüche beider Parteien gefährdet gewesen.

Zunächst wandelten sich beide Parteien in Vereine um, damit die WASG der PDS beitreten konnte. Die WASG hatte sich auf dem Parteitag vom 19./20. November 2006 eine neue Rechtsform gegeben; die PDS folgte mit dem außerordentlichen Parteitag vom 26. November 2006.

Auf parallel tagenden Parteitagen haben PDS und WASG am 24./25. März in Dortmund über die gemeinsamen Gründungsdokumente (Programmatische Eckpunkte, Satzung, Schiedsordnung, Finanzordnung und Verschmelzungsvertrag) abgestimmt. Zuerst votierten beide Parteien über die Anträge jeweils ihrer Mitglieder, dann beschlossen sie über die von der jeweils anderen Parteien verabschiedeten Anträge. Im letzten Schritt mussten beide Parteien über die Verschmelzung mit qualifizierter Mehrheit (drei Viertel) abstimmen. 87,7 Prozent der Delegierten der WASG stimmten der Selbstauflösung und Verschmelzung mit der Linkspartei zu. Die PDS stimmte dem Verschmelzungsvertrag mit 96,9 Prozent zu.

Die danach stattfindende Urabstimmung²⁰ bei allen Mitgliedern in beiden Parteien über die Verschmelzung erbrachte die erwartete hohe Zustimmung.

Die WASG hat sich Minderheitenrechte und Privilegien durch lange Übergangsfristen (4 Jahre) gesichert. Hierzu zählen eine paritätische Besetzung des Bundesvorstandes sowie zwei gleichberechtigte Parteivorsitzende (ab 2010 nur noch ein Vorsitzender). Zudem werden der WASG bis 2008 42 Prozent Delegierte bei Bundesparteitagen zustehen (bei einem Anteil von lediglich 22 Prozent der Mitglieder). Ab 2010 verringert sich die Überrepräsentation der WASG, die bis 2014 festgeschrieben wurde.

²⁰ Die Urabstimmung wurde am 18. Mai 2007 abgeschlossen.

Dass diese Machtstellung in der PDS auf deutliche Kritik stößt, liegt auf der Hand. Erbst hörte man den Begriff der „IG Metall Verhandlungsstrategie“ mit Maximalforderung. Gelegentlich findet in der PDS auch das Adjektiv „größenwahnsinnig“ Verwendung, auch der Begriff „Gurkentruppe“ tauchte bereits auf.

4. Probleme der Vereinigung

Allein die Gründungsmotive der WASG – Unmut über die Politik der PDS in Berlin und der SPD auf Bundesebene – weisen darauf hin, dass zwischen und innerhalb der Parteien erheblicher programmatischer Sprengstoff liegt. Daher verwundert es nicht, dass Lafontaine, Ernst, Gysi, Bisky und Bodo Ramelow (der Fusionsbeauftragte der PDS) ihr gesamtes rhetorisches Geschick aufwenden mussten, um die Fusionskritiker milde zu stimmen. Schon 1946²¹ galt das Motto, man möge nicht nur „sprechen für Vereinigung“, sondern „sprechen feurig für Vereinigung“.

Jürgen Lang weist darauf hin, dass zwischen beiden Parteien klare ideologische Fronten vorhanden sind: „Während die WASG vorhatte, den ‚Neoliberalismus‘ lediglich im ‚parteipolitischen Raum‘ zurückzudrängen, spricht die PDS von einer ‚neoliberalen Hegemonie‘ in der Gesellschaft, die es zu überwinden gelte“.²² Die politischen Ziele beider Parteien stehen somit in einem grundsätzlichen Widerspruch. Die PDS hält unbeirrt daran fest, diese Gesellschaft so zu transformieren, dass sie eine sozialistische wird, womit die Demokratie zur Disposition steht. Die PDS hat – und dies gilt auch für den sogenannten Reformflügel – ein ambivalentes und instrumentelles Verhältnis zur Demokratie entwickelt. In dem 2004 in Potsdam beschlossenen sogenannten „strategischen Dreieck“ wird die Balance zwischen dem „hier und jetzt“ und der Zukunftsvision der PDS hergestellt: Wenn es dem „großen Ziel“ – also der Überwindung des Kapitalismus – nützlich ist, ist die Teilnahme in Regierungen und Par-

²¹ Dann kam ein Leutnant mit einer Akte, und der (russische, Anmerkung d. Verf.) Major zog ein Papier mit einer Aussage vom Chauffeur meines Vaters und seiner Sekretärin heraus und zeigte es meinem Vater. [...] Der Major sagte: ‚Du sprechen für Vereinigung, ich vergessen Papier.‘ Mein Vater sagte: ‚Ich sprechen für Vereinigung.‘ Darauf der Major: ‚Nix sprechen für Vereinigung, du *feurig* sprechen für Vereinigung.‘ Da kam die Kunst ins Spiel.“ Aus: Heiner Müller: Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen, 4. Aufl., Köln 1999, S. 63.

²² Lang, Jürgen, Die Fusion von PDS und WASG aus extremismustheoretischer Sicht, erscheint in: Politische Studien, 2007, Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.).

lamenten erlaubt, jedoch ohne den außerparlamentarischen Bereich aus den Augen zu verlieren, in dem Widerstand und Protest gegen das „System“ organisiert werden.

Während des Fusionsprozesses wurde besonders heftig um die Frage des „demokratischen“ Sozialismus gestritten. Zum unveräußerlichen Grundkonsens der PDS gehört, dass der „demokratische“ Sozialismus mit einem Zitat aus dem kommunistischen Manifest begründet wird. Die PDS schreibt in ihrem aktuellen Programm von 2003: „Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist“.²³ Kenner des Kommunistischen Manifests wissen, dass die freie Entwicklung aller erst nach der Revolution möglich ist: „Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegengesatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegengesätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“²⁴ Ein Schelm, wer denkt, die Wortwahl des Programms sei zufällig. Die PDS hat mit dieser Anspielung schon 1993 ihren Mitgliedern signalisiert, dass sie immer noch den gewaltsamen Umsturz der bürgerlichen Demokratie für den richtigen Weg hält, wenn auch unter den gegebenen Verhältnissen nur geringe Aussichten auf Realisierung bestehen. Dies ist der eigentliche Stein des Anstoßes in der Auseinandersetzung mit der WASG und nicht der Begriff des „demokratischen“ Sozialismus. Der WASG, die sich eher als die „eigentliche“ Sozialdemokratie empfindet, ist der Gedanke der Systemüberwindung fremd. Da die PDS auch in den „Programmatischen Eckpunkten“ nicht von dieser Grundlage abließ, ist es unwahrscheinlich, dass sich die PDS durch die WASG „demokratisieren“ wird.

Eine weitere Front tat sich in der Frage der Regierungsbeteiligungen auf. „Fürs erste hat sich die WASG auf eine Oppositionsrolle in einem demokratischen System festgelegt. Dagegen steht die PDS in gewisser Weise in Opposition zum System

²³ Programm 2003, S. 2; Die gleiche Formulierung findet sich übrigens im neuen DKP-Programm. Vgl. <http://www.dkp-online.de/programm/DKP-Programm.pdf>, vom 7.Juni 2007.

selbst²⁵“, was sie aber nicht daran hindert, Regierungsverantwortung anzustreben. Dass die PDS 1994 in Sachsen-Anhalt (tolerierend) seit 2001 in Berlin und bis zur Landtagswahl 2006 auch in Mecklenburg-Vorpommern am Regierungstisch Platz nehmen konnte, ist das Werk der pragmatisch handelnden Landesverbände in den neuen Ländern. Die Regierungsbeteiligung wird in erster Linie von den Funktionselekten in den Parlamenten forciert. Innerhalb der PDS gibt es nach wie vor großes Misstrauen gegenüber dem Ziel, Reformpolitik in Regierungsarbeit hineinzutragen. Wenn man die Verluste in Mecklenburg-Vorpommern 2002 und in Berlin 2006²⁶ berücksichtigt, kann man die These, Regierungsbeteiligungen würden der PDS nutzen, wohl schlecht stützen. Durch den Zwang, auch in den ureigensten sozialen Bereichen Sparmaßnahmen unterstützen und exekutieren zu müssen, stehen die Reformer unter massiver Kritik. Da der Gründungsimpuls der WASG die Unzufriedenheit mit dieser Politik war, versteht sich von selbst, dass hier große Konflikte schlummern. Durchsetzen konnte sich die WASG hier genauso wenig wie die bekannten innerparteilichen Kritiker, die z.B. in der Kommunistischen Plattform engagiert sind. Die Versuche, Mitregieren an Bedingungen zu knüpfen, sind bereits auf dem Dortmunder Parteitag vom März 2007 gescheitert.

5. Die „Programmatischen Eckpunkte“ oder: „Gemeinsam streiten wir dafür, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist“

Die Programmatischen Eckpunkte²⁷, also das Gründungsparteiprogramm, knüpften zwar an das gültige Programm der PDS von 2003 an, doch weichen sie auch in einigen Punkten deutlich davon ab. In dem Text finden sich vielfältige Anzeichen einer stärkeren Radikalisierung, mit der die Partei die Macht des „Kapitals“ endgültig brechen will. Die Linke wählt hierzu die Begriffe „Überwindung“ und „Demokratisierung“.

²⁴ Karl Marx/Friedrich Engels, Das Kommunistische Manifest, <http://www.fes.de/marx.km/vesper.html>, vom 1. Juli 2004.

²⁵ Lang, Jürgen, Die Fusion von PDS und WASG aus extremismustheoretischer Sicht, erscheint in: Politische Studien, 2007, Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.).

²⁶ 1998-2002 war die PDS zum ersten Mal an der Landesregierung in Schwerin beteiligt und büßte bei der Landtagswahl 7,5 Punkte ein. In Berlin verlor sie 9,2 Punkte, nachdem sie von 2001 bis 2006 die Regierungskoalition mit der SPD bildete.

²⁷ Alle Zitate stammen aus den Programmatischen Eckpunkten. Zitiert in der Version: Die Parteitage der Linkspartei.PDS 2. Tagung des 10. Parteitages, Programmatische Eckpunkte. Programmatische Gründungsdokumente der Partei Die Linke – Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, http://sozialisten.de/partei/parteitage/pt1002/view_html?, vom 6. Juni 2007.

Die angestrebten Veränderungen sollen „umfassend“ erfolgen. Demokratisierung hat den Begriff der Verstaatlichung ersetzt, Überwindung steht für die Revolution. Zweifel an der Ernsthaftigkeit demokratischer (Lippen)bekennnisse scheinen also angebracht.²⁸

Der neuen Linken schwebt die Bündnispolitik der alten kommunistischen Linken vor. Dem Neoliberalismus soll (unter Führung der Linkspartei) durch ein „breites Bündnis“ und eine „politische Sammlungsbewegung“ der Gar aus gemacht werden. Wesentlich ist das Schüren „gesellschaftlichen Protests“ und die „Gestaltung von Entwicklungswegen“, „die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen“. Damit macht sie wiederholt deutlich, nicht innerhalb „der kapitalistischen Verhältnisse“ politisch wirken zu wollen. Es geht ihr immer um das, was nach dem „Kapitalismus/Neoliberalismus“ kommt: die erneute Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft. Eine bedeutsame Rolle sollen die „gewerkschaftlichen Gegenmächte“ spielen. An der Tatsache, dass sich die deutschen Gewerkschaften noch nie als politische Kampftruppen verstanden haben, wird dieses Wunschdenken auch nichts ändern. Es macht nur deutlich, dass die PDS ihre neue vermeintliche Gewerkschaftsmacht nicht für die Beschäftigten einsetzen möchte, sondern diese gerne als Kampfinstrument gegen das System instrumentalisieren will. Nicht zufällig hat Oskar Lafontaine in einem Interview davon gesprochen, dass der politische Streik in der Tradition Rosa Luxemburgs stünde. Einbezogen in die Programmatischen Eckpunkte ist das Kampfmittel des politischen Streiks (wobei sich bereits im Programm zur Bundestagswahl die Streichung des sogenannten Streikparagrafen § 116 AfG fand). Das „Recht auf den politischen Streik, einschließlich des Generalstreiks, muss ausgeübt werden“²⁹, fordert Die Linke.

Radikal fallen ebenfalls die Aussagen über Eigentum aus. Hier war die PDS in ihrem Programm von 2003 etwas liberaler. Zumindest sprach sie von einer gewissen Pluralität des Eigentums, das auch Privateigentum beinhaltete. Jetzt heißt es: „Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Ei-

²⁸ Vgl. Redeker/Sellner/Dahs & Widmaier, Stellungnahme, Verwaltungsgerichtliches Verfahren Bodo Ramelow ./, Bundesrepublik Deutschland. Dieses Dokument befindet sich auf der Homepage von Bodo Ramelow, <http://www.bodo-ramelow.de/modules/news/article.php?storyid=28>

²⁹ Die Parteitage der Linkspartei.PDS 2. Tagung des 10. Parteitages, Programmatische Eckpunkte. Programmatische Gründungsdokumente der Partei Die Linke – Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, http://sozialisten.de/partei/parteitage/pt1002/view_html?, vom 6. Juni 2007.

gentums sozialen Maßstäben unterzuordnen“. Notwendig sei die „Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“, in denen der Mensch „ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen (Karl Marx)“ sei. Damit bleibt sie nicht etwa bei einer „Demokratisierung“ der Verfügungsgewalt stehen, wie dies in gewerkschaftlichen Diskursen häufig thematisiert wird. Mit der Änderung der Eigentumsverhältnisse geht sie weit über diese gewerkschaftlichen Forderungen hinaus. Mit diesem Grundpostulat macht Die Linke deutlich, dass die „Überwindung“ nicht etwa eine politische Richtungsentscheidung ist, die je nach Mehrheitsverhältnissen wieder umkehrbar ist; die Überwindung strebt einen endgültigen Zustand an, nämlich die sozialistische Gesellschaft.

Daher gibt es auch das „Primat“ der „Politik“ über die Wirtschaft. Im Zentrum der Enteignungsphantasien stehen „Großunternehmen“, deren „profitbestimmte private Verfügung“ durch „breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Regulierung zurückgedrängt und überwunden“ werden soll. Etwas zweideutig ist die Formulierung, wonach Die Linke im „Vorhandensein unterschiedlicher Eigentumsformen eine Grundlage für eine effiziente und demokratische Wirtschaft“ sieht. Denn dem vorausgestellt ist die „Überführung“ von Eigentum zum Wohle der Allgemeinheit. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass die PDS in kleinen Unternehmern potentielle Bündnispartner sieht.

Die neue Linke will wie die alte Linke „die kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“ überwinden. Sie kämpft gegen den „repressiven Wettbewerbsstaat“ und die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Kapitalverwertung. Gleichzeitig sagt sie, dass gewinnorientiertes „unternehmerisches Handeln“ wichtig für „Innovation und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ sei. Dieser vermeintliche Widerspruch löst sich auf, da auch Teile der PDS zu der Ansicht gekommen sind, dass zuerst erwirtschaftet werden müsse, was später verteilt werden soll. Allerdings gilt dieses Zugeständnis nicht für Großunternehmen.

Einer der inhaltlichen Konflikte, der sowohl zur Fundamentalopposition der PDS als auch zur WASG gehört, ist die Frage nach der Regierungsbeteiligung. Während sich die PDS nach jahrelangen Diskussionen auf ein „gleichschenkliges“ Dreieck geeinigt hat, bei dem Regieren als legitime Handlungsoption akzeptiert wird, schwebt der

WASG und Teilen der PDS ein „imperatives Regierungsmandat“ vor. Dies entspricht auch Lafontaines Vorstellungen, als er gegen die Berliner Koalition und deren Pläne zur Privatisierung der Sparkassen agierte. Diese Haltung steht im Gegensatz zu einem großen Teil der ostdeutschen Mandatsträger, die keine „ideologische Symbolpolitik“, sondern „linke Realpolitik“³⁰ wollen. Ginge es nach der WASG, würde der PDS jegliche Möglichkeit genommen, Privatisierungen zuzustimmen. Letztlich wäre die Linkspartei nicht mehr in der Lage, an Regierungen beteiligt zu sein. Eine solche Politik konnte jedoch keine Mehrheit finden und die ostdeutschen Pragmatiker der PDS setzten sich durch.

Einen Dämpfer erhielten die PDS-Traditionalisten bei dem Versuch, die Aussagen über die DDR aus dem derzeit gültigen Programm in die Programmatischen Eckpunkte zu übertragen. Damit findet sich in den Programmatischen Eckpunkten eine weniger beschönigende Sicht auf die DDR-Geschichte. Ein Absatz, der aussagt, dass die Gründung der „antifaschistischen“ DDR in „berechtigtem Gegensatz zur Weiterführung des Kapitalismus in Westdeutschland“ stand, wurde nicht aufgenommen.

Durchsetzen konnte sich die PDS hingegen mit dem „demokratischen Sozialismus“ als Ziel, Weg und Wertesystem. Dementsprechend wurde auch der leicht modifizierte Karl Marx und somit das kommunistische Manifest wieder in das Programm aufgenommen: „Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist“ (S. 1).³¹ In der Originalversion läuft diese Aussage jedoch auf die Revolution und nicht auf eine Transformation hinaus.

Erneut findet sich in den Programmatischen Eckpunkten ein Füllhorn sozialer Wohltaten. Nach dem alten Kampfmotto der Linken „Reichtum ist genug da. Er muss nur umverteilt werden“, gibt es u. a. ein Recht auf unentgeltliche Bildung, ein Menschenrecht auf Wohnen, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, höhere Real-

³⁰ Ronald Weckesser, in: Symbolischer Bruderkampf. Die Dresdner PDS streitet: Wer ist die wahre Linke?, FAS, 4. März 2007.

³¹ Im neuen DKP-Programm wird dieses Zitat ebenfalls bemüht.

löhne, einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe und ein Grundrecht auf Asyl.

Statt Verstaatlichung werden in den Programmatistischen Eckpunkten die Begriffe Demokratisierung, gesellschaftliche Verantwortung, Primat (oder auch Vorrang) der Politik verwendet. Die umfassenden Verstaatlichungsgelüste richten sich auf alle Bereiche, die auch bereits bei der PDS genannt wurden: Gesundheit, Wasser, Energieversorgung, Abfallentsorgung, die Entwicklung der Städte und des ländlichen Raums, kostengünstiges Wohnen, öffentlicher Nah- und Fernverkehr, kostenfreie Bildung, würdevolles Leben im Alter sowie die Entfaltung von Kultur und Wissenschaft.

6. Zusammenfassung: Wächst nun auch bei der radikalen Linken zusammen, was zusammen gehört?

Nach einem bekannten Bonmot von Karl Marx wiederholt sich Geschichte zweimal: einmal als Tragödie und einmal als Farce.

1946 zwang die KPD die ostdeutsche SPD in die Vereinigung zur SED. Von 1947 an und unübersehbar ab 1948 wurde die „Parität“ mit dem Hinweis, man müsse sich verstärkt dem Leninismus widmen, zurückgedrängt. Damals wie heute herrschte eine asymmetrische Schlachtordnung. Auch 1946 gab es ein Übergewicht der Kommunisten/Sozialisten trotz nomineller Parität.

2007 fusioniert die westdeutsche WASG mit der ostdeutschen PDS zur Partei Die Linke. Auf den ersten Blick hat die WASG ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt, indem sie sich für eine Übergangszeit eine überdurchschnittlich starke Machtposition gesichert hat (paritätische Besetzung im Vorstand und der Delegiertenquote). Absehbar scheint bereits jetzt, dass das machtpolitische Geschick der PDS die Funktionäre der WASG bald an den Rand drängen wird. Bereits bei der Abstimmung über die gemeinsamen Dokumente zeigte sich die PDS kaum willig, den Beschlüssen der WASG zu folgen. Inhaltlich neuralgische Punkte wie der „demokratische Sozialismus“ standen für die PDS nicht zur Disposition. Daher ist es unwahrscheinlich, dass die

westdeutschen Gewerkschaftsfunktionäre in Zukunft der PDS Kompromisse abringen können.

Zweifellos verbünden sich unterschiedliche Parteien mit unterschiedlichen Traditionen, Schwerpunkten und Strukturen. Die PDS hat sich seit der Vereinigung an parlamentarischen Arbeiten gewöhnt und trägt in Koalitionen Regierungsverantwortung. Die WASG hat vor allem Erfahrung in gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Gremien, nur wenige ihrer Mitglieder standen jedoch tatsächlich in politischer Verantwortung. Auch kulturell stoßen zwei Welten aufeinander. In der PDS haben SED-Nachwuchskader das Sagen, die auf eine parteinahe Laufbahn und einen beruflichen Aufstieg hoffen konnten und jetzt ihren Weg in der Bundesrepublik suchen. In der WASG dominiert der 70er-Jahre-Sozialstaat-Funktionär, der wirkt im Vergleich zu den Delegierten der PDS alt und grau und in den Kämpfen früherer, längst vergangener Jahre erstarrt. Die Zukunft der Linken kann sie nicht repräsentieren. Die WASG steht wie keine andere Formation für deren Ergrauen.

Die Linke ist nicht eine neue sozialdemokratische Partei, auch wenn sie mit einigen politischen Forderungen diesen Eindruck erwecken möchte. Das Ziel des Gesellschaftsumbaus ist nach wie vor radikal. Die Abschaffung des „Kapitalismus“ und somit die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie steht im Zentrum aller Forderungen. Jürgen Lang³² kommt zu der Schlussfolgerung, dass auch nach der Fusion wenig für eine Demokratisierung der Partei spräche.

³² Lang, Jürgen, Die Fusion von PDS und WASG aus extremismustheoretischer Sicht, erscheint in: Politische Studien, 2007, Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.).